Abend-Ausgabe

79. Jahrgang. Nr. 37 — Freitag, 22. Januar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 58 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 40 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Krisenaufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Chauvinistische Hetze in der Pariser Kammer

„Die Tribute beruhen auf der Kriegsschuld"

Paris, 22. Jan. In der gestrigen Nachtsitzung der Pariser Kammer stellte der Abgeordnete Marin fest,

daß die Reparationen auf der Kriegsschuldklausel beruhten; sie seien das Zeichen der Schuld Deutschlands am Weltkrieg und dürften schon deshalb nicht aufgegeben werden.

Der internationale Untersuchungsausschuß, der von Blum vorgeschlagen worden sei, sei unnütz, denn der Finanzausschuß der Kammer könne mit Leichtigkeit jederzeit die Summe feststellen (!), die Deutschland bisher gezahlt habe.

Frankreich habe in Wirklichkeit bis heute nicht 7 v. H. (!) dessen erhalten, was man ihm schulde.

Amerika habe während des Weltkrieges erklärt, Frankreich solle seine Armeen in die Waagschale werfen, während es selbst mit seinem Geld zur Verfügung stehe. Damals habe man in Frankreich noch nicht gewußt, daß dieses Geld einmal mit Zinsen zurückverlangt werde. Marin wandte sich gegen Priorität der amerikanischen Privatgläubigeransprüche, da „die Wucherer" nicht zum Schaden der Opfer bevorzugt werden dürften. Der Redner stellte an Hand der Außenhandelsbilanz Frankreichs und Deutschlands die Behauptung auf, daß nicht Deutschland arm sei, sondern Frankreich, und daß nicht Deutschland finanzielle Unterstützung brauche, sondern Frankreich. Weiter behauptete er, daß Deutschland in einer geradezu ungeheuren Weise aufgerüstet habe, insbesondere auf dem Gebiete der Luftfahrt, die fast diejenige Italiens in den Schatten stelle.

Es gebe kein Volk, bei dem der Revanchegeist so unterhalten werde wie in Deutschland. Die Pflicht der Regierung sei es, gegenüber diesem Deutschland nicht nachzugeben.

Der Radikale Herriot

wies anschließend darauf hin, daß der Ausgangspunkt der Aussprache die Erklärung des Reichskanzlers sein müsse, in der der Wille zum Ausdruck komme, keine Reparationen mehr zu zahlen. Diese Auffassung sei für alle Völker unannehmbar, die in der Achtung vor den Verträgen lebten; die Gewalt der Waffen könne nur durch die Aufrichtigkeit ersetzt werden. (Beifall auf allen Bänken.) Unter dem Gelächter des Hauses verlas Herriot einige Stellen aus dem Haager Abkommen, in denen Deutschland sein Bedauern ausspricht, daß die Möglichkeit „seines Willens, den Plan zu zerstören", überhaupt in Erwägung gezogen werde. Am 12. März 1930 habe Reichskanzler Brüning im Reichstage ebenfalls sein Bedauern über diese Unterstellung ausgedrückt. Heute gebe es in Deutschland zwar viel Elend, aber was für heute gelte, gelte noch lange nicht für die Zukunft. Man müsse Deutschland für die Zeit der Krise helfen, aber nur unter der Bedingung, daß das Reich eines Tages ebenso weitherzig gegenüber Frankreich sein werde. Es sei sehr wohl möglich, daß die Krise in Frankreich ihren Höhepunkt erst erreiche, wenn Deutschland sie bereits überstanden habe.

Was den Youngplan angehe, so müsse man bedenken, daß kein Vertrag ewig sei, und daß der Youngplan unter der Voraussetzung geschaffen worden sei, daß die ganze Welt nun, von der Krise erlöst, einen Aufstieg erleben werde. In Wirklichkeit sei das Gegenteil eingetreten.

Dennoch dürfe aber kein Vertrag einseitig aufgehoben werden. Abschließend forderte Herriot die Regierung auf, sich nicht in Einzelhandlungen zu zersplittern, sondern sich die Mitarbeit aller europäischen Staaten und Amerikas zu sichern.

Ungefährliche Pariser Drohungen

Paris, 22. Jan. Der „Matin" macht heute Vorschläge für wirtschaftliche und finanzielle Druckmittel, die Frankreich anwenden müsse, wenn Deutschland die Reparationszahlungen einstelle.

Erstens müsse die Bank von Frankreich sich weigern, den Anfang Februar fälligen 25-Millionen-Dollarkredit an die Reichsbank zu erneuern. Was gehe Frankreich künftig das Schicksal der deutschen Mark an?

Zweitens müsse Frankreich sofort den deutsch-französischen Handelsvertrag vom Jahre 1927 kündigen. Frankreich könne und müsse gegenüber Deutschland, das sich weigere, seine Verträge einzuhalten, Verfahren einschlagen, wie sie in allen Ländern die Gläubiger gegenüber böswilligen Bankrotteuren anwenden. In den gegenwärtigen Zeiten könne dieses Druckmittel seine Wirkung nicht verfehlen.

*

Der deutsch-französische Handelsvertrag hat durch die französischen Zollerhöhungen und Einfuhrverbote schon ohnehin nur noch geringen Wert. Von einer Kündigung des Handelsvertrages hat deshalb Frankreich zumindest ebenso viele Nachteile wie wir. Ebenso bedeutet angesichts unserer Milliardenverpflichtungen die Kündigung eines 25-Millionen-Kredits durch Frankreich keine Gefährdung der Stabilität der Mark, wie es der „Matin" seinen Lesern gerne einreden möchte.

Lausanner Konferenz Mitte Februar?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Jan. In politischen Kreisen läuft heute das Gerücht um, daß die Lausanner Konferenz in etwa drei Wochen doch noch stattfinden soll, daß also die befürchtete langfristige Verschiebung nicht erfolgt. Angeblich gehen diese Mitteilungen auf eine Besprechung zurück, die der deutsche Botschafter in Paris mit den zuständigen französischen Stellen gehabt hat. Dabei soll eine

Einigung auf den 16. Februar

bereits erzielt worden sein. Man denkt sich die Sache offenbar so, daß die Minister der Länder, die zur Abrüstungskonferenz spätestens am 2. Februar in Genf eingetroffen sein werden, nach Lausanne fahren, um dort die Reparationskonferenz stattfinden zu lassen. Die Schwenkung in der französischen Auffassung soll, wie man hört, darauf zurückzuführen sein,

daß sich die jetzige französische Regierung einen innerpolitischen Erfolg davon verspricht, wenn es zu scharfen Auseinandersetzungen in Lausanne kommt und Frankreich dann Gelegenheit hat, den starken Mann zu spielen.

Man glaubt dadurch den bevorstehenden französischen Wahlkampf mit zugkräftigen Parolen bestehen zu können. Ob sich diese umlaufenden Gerüchte bewahrheiten, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen.

Morgen Unterzeichnung des Stillhalteabkommens

Berlin, 22. Januar. Heute ist der deutsche Schuldnerausschuß für die Berliner Stillhalteverhandlungen zusammengetreten, um den Bericht der offiziellen Delegierten bei den Stillhalteverhandlungen entgegenzunehmen. Der Text des neuen Stillhalteabkommens wird inzwischen fertiggestellt werden, so daß morgen seine Unterzeichnung in einer letzten Vollversammlung erfolgt.

Der Reichswehrminister fordert Wehrhoheit

Berlin, 22. Januar. In der neuen Ufa-Tonwoche wird der Abrüstungsfrage ein besonderer Teil gewidmet. Dazu hat Reichswehrminister Groener folgende Rede zur Verfügung gestellt: „Inmitten einer Weltkrise ohnegleichen geht Deutschland in den schweren Kampf der Abrüstungskonferenz. Der Irrsinn der Friedensverträge hat die Menschheit an den Rand des Abgrundes gebracht. Das deutsche Volk ist nicht länger gewillt, duldendes Objekt dieser Politik der Unvernunft zu sein. Aus der Not der Vergangenheit, aus dem Leid der Gegenwart erwächst ihm der Wille zur Freiheit, zur Gleichberechtigung und zur Wiedergewinnung seiner nationalen Sicherheit. Entwürdigend und unerträglich für das Freiheitsgefühl eines großen Volkes sind die Fesseln von Versailles, solange der Entwaffnung Deutschlands nicht die feierlich verpfändete Abrüstung der Siegermächte im gleichen Umfang und nach den gleichen Methoden folgt. Der Völkerbund muß Deutschland Gleichberechtigung in der Wehrfrage bringen, oder er zerstört die Grundlagen, auf denen er ruht. Es darf nicht zweierlei Recht für Sieger und Besiegte geben. Umringt von waffenstarrenden Nachbarn, finanziell und wirtschaftlich bis ins Mark getroffen, kann Deutschland seine nationale Sicherheit nur durch Abrüstung der Siegermächte, nicht durch Teilnahme am Weltrüsten wiedergewinnen. Deutschland verlangt aber das gleiche Maß an Wehrhoheit wie die anderen Mächte. Der Kampf in Genf wird schwer werden. An Lockungen zu schwächlichen Kompromissen wird es nicht fehlen. Um so mehr gilt es, in geschlossener Front für die unantastbaren Ansprüche Deutschlands einzutreten."

Das Pensionsgesetz im Ausschuß angenommen

Berlin, 22. Januar. Im Haushaltausschuß des Reichstages wurde am Freitag die zweite Lesung des Pensionsgesetzes abgeschlossen. Nachdem ein Antrag des Abgeordneten Laverrenz (D.-N.) abgelehnt worden war, der überhaupt keine Höchstbegrenzung der Pensionen zulassen wollte, wurde auch der Antrag Erfing (Z.), der die Bestimmungen der Notverordnung über die prozentuale Kürzung des Pensionsbetrages über 12 000 Mark in das Gesetz übernehmen wollte, abgelehnt. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde der Beschluß erster Lesung aufrecht erhalten, wonach die Höchstpension 12 000 Mark beträgt, und, wenn sich bei der Berechnung eines Ruhegeldes ein Mehrbetrag ergibt, dieser nicht zur Auszahlung gelangt. Damit ist in der wichtigsten Frage des Gesetzes auch bei der zweiten Lesung eine Einigung der Parteien nicht erzielt worden, die die Voraussetzung einer Annahme der Gesamtvorlage mit Zweidrittelmehrheit gewesen wäre. Die Sozialdemokraten haben aber bereits zu erkennen gegeben, daß sie Entgegenkommen zeigen werden, sobald eine Verabschiedung des Gesetzes durch den Reichstag überhaupt gesichert ist. Nach den weiteren Beschlüssen des Ausschusses finden die Kürzungsvorschriften auch Anwendung auf Länder- und Gemeindebeamte.

Allianz und Favag

Die Vernehmung des Generaldirektors Schmitt

Frankfurt a. M., 22. Januar. Unter großem Andrang des Publikums fand in der heutigen Verhandlung des Favagprozesses die Zeugenvernehmung des Generaldirektors Schmitt vom Allianzkonzern statt. Das wesentlichste Ergebnis der Vernehmung war, daß Generaldirektor Schmitt die Verhandlungen zwischen Allianzkonzern und Favag im allgemeinen zugab. Er räumte auch ein, daß in diesen Verhandlungen von Provisionen für die Zustandebringung einer Fusion gesprochen worden sei. Es sei ferner möglich, daß der frühere thüringische Staatsbankpräsident Loeb die Herren von der Favag „unter Druck gesetzt" habe, um sie der Fusion geneigt zu machen. Doch hielt er es für ausgeschlossen, daß der Druck Loebs sich zu Drohungen gegen die Favag verdichtet habe.

Mit Nachdruck betonte Generaldirektor Schmitt, daß der Vorwurf, die Allianz habe das Ansehen der Favag untergraben, auf keinen Fall gerechtfertigt sei. Niemals habe die Allianz auch nur irgend etwas in dieser Richtung unternommen. Die Allianz habe niemals Aktien der Favag angekauft oder verkauft und niemals mit einem Aufsichtsratsmitglied der Favag solche Verhandlungen gepflogen. — Daß Loeb den Direktor Becker seinerzeit unter einen gewissen Druck zu setzen versucht habe, könne er verstehen, denn wo kein Druck sei, gebe es keine Fusion.

Keine Brotpreiserhöhung

Berlin, 22. Jan. Der Reichskommissar für die Preisüberwachung hat aus den ihm erteilten Informationen die sichere Ueberzeugung gewonnen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Roggenmehl bis zur neuen Ernte zweifellos sichergestellt ist. Die Entwicklung des Roggen- und Roggenmehlmarktes wird aufmerksam verfolgt. Es ist Vorsorge getroffen, daß eine Erhöhung der Preise, die eine Erhöhung des Roggenbrotpreises bedingen würde, nicht erfolgt. Offenbar hat der Reichsernährungsminister, um ein weiteres Ansteigen der Roggenmehlpreise zu vermeiden, aus den Lagerbeständen des Reiches größere Mengen auf den Markt geworfen, um dadurch preisregulierend zu wirken.

Uebernahme der Preußenkasse durch das Reich?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Jan. Bereits seit einigen Tagen befaßt sich, wie gemeldet, das Reichskabinett mit der Frage, wie dem deutschen Osten und der deutschen Landwirtschaft insgesamt geholfen werden kann. Ursprünglich bestand die Absicht, diese Besprechungen bereits am gestrigen Donnerstag zu Ende zu führen, aber die Materie ist so schwierig, daß der Abschluß sich noch hinausgezögert hat. U. a. waren Rücksprachen des Ostkommissars, Dr. Schlange, mit verschiedenen Großbankinstituten, besonders mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, notwendig geworden. Dabei spielt auch das Problem der Preußenkasse eine nicht unwichtige Rolle.

Offenbar hat das Reich mit Preußen Verhandlungen über die Uebernahme der Majorität der Preußenkasse, die sich noch in preußischen Händen befindet, eingeleitet.

Bekanntlich sind frühere Osthilfeaktionen mehr oder weniger daran gescheitert, daß Preußen das stärkste landwirtschaftliche Kreditinstitut, die Preußenkasse, in der Hand hatte und daß also das Reich, jedesmal, wenn es Aktionen größeren Umfanges in der Osthilfe unternehmen wollte, auf die Zustimmung Preußens, dessen Regierung ja nicht gerade als landwirtschaftsfreundlich angesehen werden kann, angewiesen war.

Nun hat es den Anschein, als ob das Reich die akute finanzielle Notlage, in der sich Preußen befindet, dazu ausnutzen will, um den Einfluß über die Preußenkasse in seine Hände zu bringen.

So spielt das Problem der Preußenkasse in den Verhandlungen zwischen Reich und Preußen über die Deckung des Fehlbetrages im preußischen Etat, der sich auf nicht weniger als 150 Millionen Mark beziffert, eine erhebliche Rolle. Gegenwärtig verfügt Preußen über Anteile in Höhe von 125 Millionen Mark in der Preußenkasse. Das Reich hat nur 50 Millionen, und die Genossenschaften verfügen über 88 Millionen. Es ist nun denkbar, daß das Reich Mittel und Wege findet, von Preußen ein beträchtliches Millionenpaket von Anteilen der Preußenkasse zu übernehmen, wodurch Preußen dann seinen Etatsfehlbetrag wesentlich vermindern könnte. Selbstverständlich ist Preußen bemüht, diese Absichten des Reiches schon aus politischen Gründen zu hintertreiben. Aber ob Preußen angesichts seiner Finanzlage noch lange wird Widerstand leisten können, erscheint mehr als fraglich.

SLUB
Wir führen Wissen.